

Freistellungserklärung

Hiermit verpflichte ich mich, den Freistaat Sachsen von Schadensersatzansprüchen für den Fall freizustellen, dass ich als vom Regierungspräsidium Leipzig anerkannter Sachverständiger für Schießstätten im Sinne des § 44 Waffengesetz (WaffG) im Rahmen der mir übertragenen Sachverständigentätigkeit eine Amtspflichtverletzung begehe und gegen das Land Schadensersatzansprüche wegen einer solchen Amtspflichtverletzung geltend gemacht werden.

Die Freistellungsverpflichtung umfasst auch gerichtliche und außergerichtliche Kosten, die durch die Verteidigung gegen geltend gemachte Haftpflichtansprüche entstehen.

Zur Deckung dieser Haftungsfreistellung habe ich bei der

(Versicherungsgesellschaft)

eine Versicherung

in Höhe von _____ EUR für Personenschäden

_____ EUR für Sachschäden

_____ EUR für Vermögensschäden

je Schadensereignis abgeschlossen und halte diese während der Geltungsdauer dieser Freistellungserklärung aufrecht.

Ein Nachweis über die Versicherung ist beigelegt/liegt dem Regierungspräsidium Leipzig bereits vor.

Ort, Datum

Unterschrift

Niederschrift
über die förmliche Verpflichtung nach dem Gesetz über
die förmliche Verpflichtung nichtbeamteteter Personen – Verpflichtungsgesetz

Vor dem zuständigen Verpflichtenden erscheint heute zum Zwecke der Verpflichtung nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547; BGBl. III 453-17), das durch das Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) geändert worden ist,

Herr/Frau: _____ geboren am: _____

wohnhaf in: _____

Der/Die Erschienene wird auf die gewissenhafte Erfüllung seiner/ihrer Obliegenheiten verpflichtet. Ihm/Ihr wird der Inhalt der folgenden Strafvorschriften des Strafgesetzbuches – StGB bekannt gegeben:

- § 97b Abs. 2 in Verbindung mit §§ 94 bis 97 StGB (Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses)
- § 133 Abs. 3 StGB (Verwahrungsbruch)
- § 201 Abs. 3 StGB (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes)
- § 203 Abs. 2, 4, 5 StGB (Verletzung von Privatgeheimnissen)
- § 204 StGB (Verwertung fremder Geheimnisse)
- §§ 331, 332 StGB (Vorteilsannahme und Bestechlichkeit)
- § 353b StGB (Verletzung des Dienstgeheimnisses)
- § 355 StGB (Verletzung des Steuergeheimnisses).

Der/Die Erschienene wird darauf hingewiesen, dass er/sie aufgrund der Verpflichtung unter die vorstehenden Strafvorschriften fallen kann.

Er/Sie erklärt, dass er/sie über den Inhalt der vorstehenden Strafvorschriften und die Bedeutung der Verpflichtung unterrichtet worden ist.

Die Niederschrift wird dem/der Verpflichteten vorgelesen, von ihm/ihr genehmigt und unterschrieben. Gleichzeitig bestätigt der/die Verpflichtete, dass er/sie eine Abschrift der Niederschrift erhalten hat.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben

Datum/Unterschrift des Verpflichtenden

Datum/Unterschrift des Verpflichteten



Regierungspräsidium Leipzig

Urkunde

Herr/Frau: _____

geboren am: _____

wohnhaft in: _____

wird hiermit auf der Grundlage der Ziffer 14.4 des Erlasses des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Ausführung des Waffengesetzes vom 23. März 1992 – Waffenerlaß 1992 – (SächsABl. S. 406) und der Richtlinie des Regierungspräsidiums Leipzig zur Anerkennung und zur Tätigkeit von Sachverständigen für Schießstätten im Sinne des § 44 Waffengesetz (WaffG) – Schießstättensachverständigenrichtlinie – vom 1. Juli 2002 (SächsABl. S. 862)

als

Sachverständige(r)
für nicht militärische und nicht polizeiliche Schießstätten im Sinne des
§ 44 Waffengesetz (WaffG) im Regierungsbezirk Leipzig

anerkannt.

Bemerkungen: _____

Leipzig, den _____

Regierungspräsident

Siegel

Name: _____

Anschrift: _____

Erklärung

Hiermit verpflichte ich mich, die mir in meiner Eigenschaft als vom Regierungspräsidium Leipzig anerkannter

**Sachverständiger für nicht militärische und nicht polizeiliche Schießstätten
im Sinne des § 44 Waffengesetz (WaffG) im Regierungsbezirk Leipzig**

obliegenden Aufgaben gewissenhaft, unabhängig und unparteiisch zu erfüllen.

Ort, Datum

Unterschrift